

The logo for the Bavarian Chamber of Commerce (vbw) is located in the top right corner. It consists of the lowercase letters 'vbw' in a white, sans-serif font, centered within a solid blue square. Below the letters, the text 'Die bayerische Wirtschaft' is written in a smaller, white, sans-serif font.

vbw

Die bayerische Wirtschaft

Starkes Bayern, starkes Europa Die Zukunft der NATO und der Europäischen Sicherheitspolitik

Freitag, 16. Februar 2018 um 13:00 Uhr

Ehemalige Karmeliterkirche

Karmeliterstraße 1, 80333 München

Eine zeitgemäße Sicherheitspolitik für Europa

Alfred Gaffal

Präsident

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Vielen Dank, lieber Herr Nitsche! Ich freue mich, dass Sie uns heute durch den Nachmittag führen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Namen der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft begrüße ich Sie sehr herzlich hier in der ehemaligen Karmeliterkirche.

Wie es seit über zehn Jahren Tradition ist, nehmen wir auch diesmal die Münchner Sicherheitskonferenz zum Anlass, um uns aus Sicht der Wirtschaft über Sicherheitsthemen auszutauschen.

Die Überschrift des heutigen Kongresses lautet „Die Zukunft der NATO und der Europäischen Sicherheitspolitik“.

Ganz besonders freue ich mich über unsere hochkarätigen Referenten und Podiumsteilnehmer

Ich begrüße:

- Professor Dieter Kempf, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie,
- Claus Günther, Vorsitzender des BDI-Ausschusses für Sicherheit,
- Dr. Stephan Mair, Mitglied in der Hauptgeschäftsführung des BDI,
- Dr. Hans Christoph Atzpodien, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie und
- Dr. Patrick Keller, Koordinator Außen- und Sicherheitspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Seien Sie herzlich willkommen!

Später werden noch:

- Jens Stoltenberg, Generalsekretär der NATO,
- Joachim Herrmann, unser bayerischer Innenminister, und

- Botschafter Dr. Hans-Dieter Lucas, der Ständige Vertreter der Bundesrepublik im Nordatlantikat,

zu uns stoßen!

Welche Gefahren gibt es?

Meine Damen und Herren,

die weltweite sicherheitspolitische Lage hat sich in den letzten Jahren verändert und verschärft.

Die Welt ist aus den Fugen geraten.

Darauf müssen wir reagieren.

Die Stichworte lauten

- ein Naher und Mittlerer Osten, der nicht zur Ruhe kommt,
- islamistischer Terror,
- der Russland-Ukraine-Konflikt,
- Säbelrasseln in Nordkorea und generell Unsicherheiten im asiatisch-pazifischen Raum,

- die Situation in der Türkei mit der ungelösten Kurden-Frage,
- die Flüchtlingsherausforderung
- und nicht zuletzt die zunehmende Wirtschaftsspionage und Cyberkriminalität.

Hinzu kommt, dass die USA ihre Rolle als westliche Führungsmacht immer weniger aktiv spielen wollen – wie ihr Präsident nicht müde wird zu bekunden.

Das heißt ganz klar:

Deutschland und Europa müssen in Zukunft sicherheitspolitisch deutlich mehr Verantwortung übernehmen.

Die Europäer dürfen ihre Sicherheit und ihre Verteidigung nicht länger in die USA „outsourcen“.

Europa

Wir begrüßen es daher, dass sich 25 Europäische Länder Ende letzten Jahres in

der PESCO zu einer vertieften militärischen Zusammenarbeit verpflichtet haben.

Das Vorhaben geht in die richtige Richtung!

Eine stärkere militärische Kooperation ist auch im Sinne der europäischen Integration zu begrüßen.

Durch eine bessere Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik können Synergien gehoben und Kosten gespart werden.

Es ist ineffizient und teuer, dass es in der EU beispielsweise 20 verschiedene Typen von Kampfflugzeugen gibt – das bedeutet auch 20 verschiedene Ausbildungen für Techniker und Piloten und 20 unterschiedliche Ersatzteil-Sortimente.

Wir brauchen stattdessen anschlussfähige Systeme, die gemeinsame Einsätze von Streitkräften im Krisenfall einfach und unkompliziert ermöglichen.

Genau dieses gemeinsame Handeln brauchen wir, um den sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Zeit gewachsen zu sein.

Zu diesen Herausforderungen gehört übrigens auch der wirksame Schutz der europäischen Außengrenzen.

Dieser ist Voraussetzung für offene Binnengrenzen.

Herausforderung Deutschlands

Meine Damen und Herren,
die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik braucht ein starkes Tandem als Zugpferd:

Frankreich und Deutschland.

Deutschland ist hierbei ganz besonders gefordert.

Ohne das bevölkerungsreichste und wirtschaftsstärkste Land in Europa bleibt die gemeinsame Verteidigung Stückwerk.

Dafür müssen wir endlich mehr investieren!

Mehr sicherheitspolitische Verantwortung
setzt wirksame eigene materielle
Kapazitäten voraus.

Der Inhalt des Koalitionsvertrags von Union
und SPD ist an dieser Stelle ernüchternd.

Das dringend notwendige Ziel, in Zukunft
zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in
die Verteidigung zu investieren, findet sich
dort nicht wieder!

Und das, obwohl sich die Ausrüstung der
Bundeswehr in einem desolaten Zustand
befindet!

Eine deutliche Erhöhung der
Verteidigungsausgaben in Richtung dieser
zwei Prozent in den kommenden Jahren
bedeutet keine Aufrüstung.

Diese Anhebung ist schon allein deshalb
nötig, um den Substanzverlust
auszugleichen.

Bedeutung der Rüstungsindustrie

Meine Damen und Herren,
deutsche Mitsprache- und
Gestaltungsfähigkeit im europäischen und
transatlantischen Kontext braucht auch eine
eigene leistungsfähige wehrtechnische
Industrie.

Die deutsche Sicherheits-Industrie besitzt
größtes technologisches Know-how in
wichtigen Schlüsseltechnologien.

Das ist ein starker Trumpf.

Rund ein Drittel dieser Unternehmen haben
ihren Sitz in Bayern.

Die meisten davon sind Mittelständler.

Sie sind bedeutende Arbeitgeber und
Innovationstreiber.

Von dieser Innovationskraft profitieren viele
Branchen. Zum Beispiel:

– die Automobilindustrie,

- die Luft- und Raumfahrt sowie
- die Nachrichtentechnik.

Es gilt, diese industrielle Stärke zu pflegen und auszubauen.

Die deutsche Rüstungsexportpolitik stellt hier allerdings ein echtes Problem dar!

Eine unkalkulierbare Genehmigungspraxis und deutsche Alleingänge bei der Exportkontrolle belasten schon heute die Verlässlichkeit Deutschlands als Kooperationspartner.

Laut Koalitionsvertrag sollen die Rüstungsexporte jetzt noch weiter eingeschränkt werden.

Wenn „Free of Germany“ aber zum Verkaufsargument für Rüstungsgeschäfte europäischer Partner wird, hat unsere Industrie ein Problem.

Das ist auch eine Gefahr für unsere sicherheitstechnologische Souveränität.

Deutschland muss bei Rüstungsexporten ein verlässlicher Partner der EU- und NATO-Staaten sein.

Die Zulieferung von Komponenten an Partnerländer muss vereinfacht werden.

Wir brauchen dringend eine gemeinsame und abgestimmte europäische Exportpolitik in der Sicherheits- und Rüstungsindustrie – und keine weiteren nationalen Verschärfungen.

Schluss

Meine Damen und Herren,

trotz seines wirtschaftlichen und politischen Gewichts tut sich Deutschland immer noch schwer, seine internationale Rolle zu definieren.

Es ist an der Zeit, dass Deutschland seiner Bedeutung gerecht wird und gemeinsam mit Partnern mehr Verantwortung für die NATO

sowie die Sicherheit und Stabilität Europas übernimmt.

Deutsche und bayerische Industrieunternehmen können dabei durch ihre Expertise einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit leisten.

Die Stärken der deutschen Industrie sollten von der Politik intensiver genutzt werden.

Ich freue mich jetzt auf die Vorträge und die Diskussion – und gebe das Wort an Herrn Professor Kempf vom Bundesverband der Deutschen Industrie.

Vielen Dank!